

Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA! (Bettina Stüssi, SP/Yasemin Cevik, SP/Katharina Gallizzi, GB): Lohnerhöhung für städtische Angestellte

Wir fordern den Gemeinderat auf, in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern eine Vorlage auszu-
arbeiten, welche eine generelle Lohnerhöhung in der Grössenordnung von 5% für das städtische
Personal beinhaltet.

Begründung

In den letzten 25 Jahren haben die Angestellten der Stadt Bern über 14 Haushaltsverbesserungs-
massnahmen-Pakete solidarisch mitgetragen. Mit ihrem kompetenten und effizienten Einsatz sor-
gen sie täglich für eine erfolgreiche und lebenswerte Stadt Bern. Der Gemeinde Bern geht es heute
finanziell gut. Sie konnte in den letzten Jahren Schulden abbauen und dank hoher Attraktivität hat
die Bevölkerung zugenommen, Betriebe sind zugezogen und damit die Steuereinnahmen gestie-
gen.

Trotz dieser mittlerweile gesunden finanziellen Situation gab es für das städtische Personal seit
1988 keine Realloohnerhöhung mehr. Dies schlägt sich zunehmend auf die Stadt als Arbeitgeberin
nieder. Sie ist mit ihren Löhnen nicht konkurrenzfähig. Bund, Kanton und staatsnahe Betriebe, die
in der Region ebenfalls viele Personen in der Verwaltung beschäftigen, bezahlen höhere Löhne als
die Stadt. Zudem macht es der Fachkräftemangel immer schwieriger, qualifizierte Personen zu
finden, die sich auf eine Stelle bei der Stadt bewerben. Weil auch aufgrund der bestehenden
„Lohndeckelung“ der finanzielle Spielraum der Stadt im Wettbewerb um Arbeitskräfte nicht allzu
gross ist, versucht sie mit vorteilhaften Anstellungsbedingungen (z.B. flexiblen Arbeitszeitmodellen,
4 Wochen Vaterschaftsurlaub) zu punkten. Allerdings ist die Stadt bezüglich Arbeitsbedingungen
lange nichteinsame Spitzenreiterin und es gibt Defizite; beispielsweise haben städtische Angestell-
te (21. bis 50. Altersjahr) lediglich 22 Tage Ferien pro Jahr. Zudem läuft bei krankheitsbedingtem
Lohnausfall das Krankentaggeld über 360 Tage, nicht, wie heute üblich, über 730 Tage. Besonders
stossend ist dabei, dass die Stadt Bern 0,4% vom Lohn für die Lohnfortzahlungspflicht abzieht,
während beispielsweise ewb einen Krankentaggeldabzug von 0,2% vom Lohn für die 730 Tage
macht. Die Konkurrenzfähigkeit ist also vielschichtig zu betrachten, wobei die Entlohnung eine
zentrale Rolle spielt.

Angesichts dieser Umstände ist eine generelle Lohnerhöhung in der Grössenordnung von 5% für
die städtischen Angestellten unumgänglich. Höhere Löhne stärken die Kaufkraft und sind volks-
wirtschaftlich von grossem Nutzen. Die Stadt ist finanziell in der Lage, diese Mehrkosten zu tragen:
Der jährliche Personalaufwand (inkl. Sonderrechnungen) beträgt rund 320 Mio. Franken (Jahres-
rechnung 2016 Band 1, Seite 86). 5% davon entsprechen rund 16 Mio. Franken. Abzüglich der
Einsparungen von mindestens 2'921'363¹ Franken, die sich infolge des Primatwechsels der PVK
ergeben (Gemeinderatsvorlage zum Primatwechsel, Anhang 1), ist somit mit einem Personalauf-
wand von neu rund 333 Mio. Franken zu rechnen.

Bern, 15. Juni 2017

Erstunterzeichnende: Bettina Stüssi, Yasemin Cevik, Katharina Gallizzi

*Mitunterzeichnende: Lena Sorg, Michael Sutter, Lukas Meier, Barbara Nyffeler, Edith Siegenthaler,
Martin Krebs, Timur Akçasayar, Marieke Kruit, Patrizia Mordini, Ladina Kirchen Abegg, Fuat Köçer,
Rithy Chheng, Katharina Altas, Nadja Kehrli-Feldmann, Peter Marbet, Mohamed Abdirahim, Jo-
hannes Wartenweiler, Tamara Funicello, Rahel Ruch, Lea Bill, Ursina Anderegg, Franziska Gros-*

¹ Diese Annahme geht von einer jährlichen Lohnerhöhung von 1,75% aus. Das heisst bei 5% steigt diese
Einsparung an.

senbacher, Leena Schmitter, Stéphanie Penher, Eva Krattiger, Seraina Patzen, Benno Frauchiger, Regula Bühlmann